

Inserionsgebühr
betragt für die Spalten
betriebe oder höchstens
15 J. für Wohnungs-
Anzeigen und Veramtlung-
anzeigen 10 J.
In redaktionellen Zeilen
betragt die Zeile 50 J.
Anzeige für die fällige
Kammer müssen höchstens
sonntags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben
eingetragen in die Ver-
zeichnisse unter Nr. 7000.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weitzenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle a. S.

Nr. 66.

Freitag den 19 März 1897.

8. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

193. Sitzung vom 17. März. 11 Uhr.

Beratung des Antrages Kardorff-Rantkeuffel auf Abänderung der Bundesratsbestimmungen über den Betrieb der **Bäder- und Badeanstalten.**

Abg. Graf Solberg (son.) begründet den Antrag, der feineswegs der Sozialreform feindlich gegenüberstehe. Der Antrag solle besonders die mittleren Betriebe schützen. Am besten wäre die Aufhebung der ganzen Bäderverordnung.
Staatssekretär v. Böttcher (son.) gegenüber den lebhaften Klagen im Hause über die Bäderverordnung und gegenüber den Agitationen in der Presse vor und unmittelbar nach deren Inkrafttreten habe ich am 23. September v. J. ein Rundschreiben an die verbundenen Regierungen erlassen, in welchem ich mit Rücksicht auf diese Klage die Bitte ausgesprochen habe, mich, wenn möglich schon bis Mitte Januar d. J. mit Vorschlägen darüber zu versehen, ob sich trotz der erst fälligen Bestimmungen der in Rede stehenden Verordnung schon jetzt nachtheilige Wirkungen dieser Bestimmungen gezeigt haben, worin sie bestehen, und ob insbesondere die Klagen über wirtschaftliche Schädigungen und das Schwinden des guten Einvernehmens zwischen Wessler und Geseßen als begründet erachtet seien. Die Berichte liegen jetzt vollständig vor, aber über den Einbruch zu berichten, der sämtliche Berichte geschildert, ist wegen deren verschiedenen Gestaltung nicht möglich. Braunschweig, Bayern, Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Strelitz, Brandenburg, Anhalt und Schwarzburg-Sondershausen können noch kein festes Urteil abgeben.
Abg. Gise (Hr.) hätte die Bitte hinausgeschoben, bis die gebrauchten Gutachten dem Hause vorliegen.
Staatssekretär v. Böttcher ist bereit, die Erlaubnis zur Vorlegung der gebrauchten Gutachten von den verbundenen Regierungen zu ertheilen, kann aber kein bindendes Versprechen geben.
Abg. Gise (Hr.) beantragt Abweisung des Antrages Kardorff von der Tagesordnung. Nach kurzer Debatte zieht **Abg. Gise** seinen Antrag zurück, der aber vom **Abg. Bebel** (so.) wieder aufgenommen wird.

Präsident v. Suol bemerkt, es liege ein Antrag auf Überlegung zur einfachen Tagesordnung vor und deshalb müsse noch ein Rechner für ein anderes Haus gehört werden.

Abg. v. Bennigsen (nat.) widerspricht dieser Meinung des Präsidenten und gibt Herrn v. Kardorff anheim, sich mit dem Antrag Gise einzulassen zu erklären.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) faßt sich nicht dem Antrag auf Abweisung von der Tagesordnung an. Wenn Herr Gise einfache Tagesordnung beantragen will, so mag er es thun, aber das ist wenig richtigerweise.
Abg. Singer (so.) macht darauf aufmerksam, daß **Abg. Gise** gar nicht einfachen Überlegung zur Tagesordnung, sondern nur Abweisung von der Tagesordnung beantragt habe.
Abg. Wielhaber (nat.) widerspricht dem Antrag Gise. Die Erhebungen der Regierungen seien sehr wenig wert, weil die Verwaltungsbeamten so geartet seien, daß sie gar nicht in die Kreise des kleinen Publikums kämen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) protestiert gegen die Verge-waltigung, die in dem Antrag Gise läge.
Abg. v. Kardorff bemerkt, daß der Antrag auf Abweisung von der Tagesordnung ohne Zustimmung der Antragsteller nach der Geschäftsordnung unzulässig sei.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem **Abg. Gise** und **v. Kardorff** bemerkt

Präsident v. Suol, es handle sich nur um einen Antrag auf Abweisung von der Tagesordnung, wovon er abstimmen lassen werde.

Abg. v. Kardorff: Auf diese Weise können Sie jeden Initiativantrag im Hause stiften, dagegen gibt uns nur die Geschäftsordnung einen Schutz.

Abg. v. Stumm bittet, die Sache doch wenigstens eine Zeit lang zu diskutieren.

Abg. Dr. Gise: Wenn es die Herren so sehr drängt, so reden, so ist es ich nicht entgegen zu sein.
Abg. Bebel nimmt den Antrag Gise sofort wieder auf.
Abg. Wielhaber (nat.) bittet, auch den Antrag Bebel abzu-nehmen. Gerade Herr Bebel habe keinen Anlaß zu solchem Antrag, denn er habe das Material der Regierung noch nicht benutzt, da er eigenes Material habe.

Der Antrag Bebel wird abgelehnt, so daß die Diskussion ihren Fortgang nimmt.

Abg. Frhrer v. Stumm (Reichsp.) befürwortet die Abänderung der Verordnung.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die **Abg. Anst** (deutsche Volksp.), **Gise** (Zentr.), **Wielhaber** (deutsche Reform-), **Silber** (Süd. Bauernbund) und **Sasse** (nat.).

Abg. Wielhaber (deutsche Reform-) beantragt Aufhebung der ganzen Bäderverordnung. Neben erinnernd den **Abg. Bebel** an die Behandlung, die er 1870 als Reichsminister seinen An-gehörigen habe zu teil werden lassen.

Abg. Bebel (so.): Wenn man mit vorwiegend meine Arbeiter scharf behandelt zu haben, so sind dies Verurteilungen und Klagen der allergeringsten Art. Meine Arbeiter hatten in meinem Betriebe die besten Arbeitsbedingungen, die man sich denken kann. Meine Kollegen haben mit Bewußtsein gemerkt, ich sollte ihnen Abhilfe schaffen. Herr Wielhaber hat auch früher schon den Wä-dereiverbot der allein für die Bäderverordnung eintrat, in ungerader Weise verdrängt. Es ist nachzuweisen, daß gerade in dieser Hinsicht die besten Zustände herrschten. Herr Wielhaber hat heute in ausführlicher Weise alles Dinge gesprochen, von denen er absolut nichts versteht. Redner geht ausführlich auf die Verhältnisse im Bädergewerbe ein, und sucht nachzuweisen, wie gesundheitschädlich dieses Gewerbe ist. Er meint, man müßte dahin streben, die Bädereigellen selbstständig zu machen, er weiß also gar nicht, daß die sanitätsmäßige Behandlung auch schon das Bädergewerbe erzwinge hat, und daß es den Bädereigellen un-möglich ist sich selbstständig zu machen, weil der Großbetrieb immer weiter um sich greift. Patriarchalisches Verhältnis ist nichts anderes als Anarchismus. Herr v. Stumm hat heute gesagt, die Polizei sei die Ursache, daß das Gesetz so mißbräuchlich wird und nicht mehr Klagen herbeiführt. Das sonntägliche also, daß Herr v. Stumm, diese Stille für Sitte, Religion und Ordnung, die Polizei gelobt hat, weil sie das Gesetz fortgesetzt

übertragen. Bezeichnen ist es, daß die Konserverfabriken sich schon so sehr gegen eine solche Zimmerverordnung wenden, die noch nicht entfernt das entfällt, was wir für den Arbeiter wollen. Der Vorstoß des **Abg. Richter** auf Einführung einer möglichen Maximalarbeitszeit mit einer garantierten Minimallohnstufe ist schon von der Kommission für Arbeitsstatistik für unbrauchbar erklärt worden, weil es an jeder Kontrolle fehle.

Inzwischen ist ein Antrag v. **Kardorff** eingegangen, über den **Antrag Dr. Richter** namentlich abzustimmen.

Nach einigen Bemerkungen der **Abg. v. Bobbielski** (son.) und **Schneider** (frei Vereinig.), wird gegen die Sozialdemokraten Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Wollenhage (so.) stellt fest, daß ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten sei. Die Sozialdemokraten würden für den Antrag Richter stimmen, ohne sich der Motivierung anzuschließen. Ihnen komme es nur darauf an, daß zur Tagesordnung übergegangen werde.

Abg. Wielhaber erklärt, die Beschuldigung gegen den **Abg. Bebel** in einem Blatte gelesen zu haben, so daß er nur fremde Angaben wiedergegeben habe.

Abg. Bebel entgegnet, er hätte das nicht getuscht, sonst würde er jenes Blatt zu einer Verächtlichkeit geworden haben.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) macht in seinem Schlusswort der Regierung den Vorwurf, die Sozialdemokratie durch die Verordnung gefördert und großzügig zu haben.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Wobke verwarft die Regierung gegen diesen Vorwurf. Die Dinge lägen doch wohl etwas anders, als die Gehörsmänner des **Abg. v. Kardorff** dargestellt hätten.

Die durch das Eingreifen eines Regierungsvertreters wieder eröffnete Diskussion wird sofort wieder geschlossen.

Der Antrag Dr. Wielhaber, betreffend Aufhebung der Bäder-verordnung, findet nicht die nötige Unterstützung, der Antrag Dr. **Schneider** wird fast einstimmig angenommen.

Abg. v. Kardorff nimmt den Antrag v. Stumm in den Antrag v. Kardorff-Rantkeuffel auf.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag **Abg. Richter** ergiebt mit 148 gegen 104 Stimmen die Annahme des Antrages. Der Antrag v. Kardorff-Schneider ist also durch motivierten Über-gang zur Tagesordnung erledigt.

Hier den Antrag Richter stimmen: die frei. Volkspartei, die frei. Vereinigung, die deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Polen und der keiner Partei angehörige **Abg. Bruns** zu Hohenzollern-Schillingen, dagegen die gelante Rechte, die Nationalliberalen in der Westfalen und die Weisen.

Darauf bezieht sich das Datum. Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Dritte Beratung des Auslieferungsvertrages mit den Niederlanden, bringlicher Antrag Dr. **Rieber**, betr. das Anleihe-gesetz und Marineetat.)

Schluß 6 Uhr.

Tagegeschichtliche.

Ein Wort Wilhelm II. Der Vorwärts schreibt: Freiherr v. Stumm hat heute im Reichstage mitgeteilt: Der Kaiser hätte ihm bei einem Spaziergange Unter den Linden mit der Ermächtigung, es weiter zu erzählen, ge-sagt:

„Wenn im Reichstage die Schiffe abgelehnt werden, so entsteht ein Minderheitsrat, wie nach seiner da war.“

Freiherr von Stumm, der wieder als Scharfsmacher dient, beweist die Authentizität der kaiserlichen Worte.

Nun — die Sozialdemokratie hat den „Kladderadatsch“ nie gefährdet — auch nicht den „großen“. Und der keine „Kladderadatsch“ einer Auflösung wäre sogar ein recht annehmendes Diner, das uns ins Reich gelagt würde.

Eine historische Erinnerung. Dr. M. Broch in Venedig, der bekannte Historiker schreibt der „Frankf. Ztg.“: Im Abendblatt der Frankf. Ztg. vom 12. v. J. sprach er die die Nachricht der Zeit über Ereignisse des Kaisers in der Budgetkommission ganz richtig mit dem Hinweis auf den Fall Ludwigs XVI. in Paris. Doch es liegt ein großer und folgenschwerer Mängelpunkt der Art aus dem Kaiserlichen Lande des Parlamentarismus vor. Am 4. Januar 1642 erließ Karl I. im Hause der Gemeinen, um die Anwesenheit von fünfzig nichtbeliebigen Mitgliedern des Hauses zu erzwingen. Benachteiligte Folge ließ er im Korridor zurück; er selbst trat an den Sprecher und beehrte, daß ihm dieser seinen Sitz einräume, was auch geschehen ist. Von diesem Siege aus munterte er die Verammlung, nach dem Fünften lösende. Er fragte nach ihrer Anwesenheit; Antwort: Tieses Schweigen. Er stellt an den Sprecher die Frage, ob sie anwesend seien; der Sprecher antwortet, daß die Rede und gibt die denkwürdige Antwort: „Im Majestät zu Be-fehl, ich habe an diesen drei oder vier Augen zu sehen noch eine Zunge, zu sprechen, außer wenn das Haus, dessen Diener ich bin, mit zu beschließen gerath.“ Das Jaus, dessen vorher-gewandt, rechtzeitig in die City entkommen, und der König wurde drei Jahre später, 1645, als Staatsverräter in London hingerichtet.

Die offizielle Fraktionsliste des Reichstages ist in zweiter Auflage erschienen. Die Deutschsozialen Reform-partei 13, die deutsche Reichspartei 25, die deutschsoziale Reform-partei 13, das Zentrum 101, die Polen 19, die National-liberalen 50, die rechtsfreie Vereinigung 14, die deutsch-freireligiöse Volkspartei 25, die deutsche Volkspartei 12, die Sozialdemokraten 48 Mitglieder. Erbtigt list 2 Mandate, und zwar 5. Marienwerder (Soll), das Mandat für unglück-

lich erklärt und 1. Merseburg (Stephan v. Torgau ?). — Nachträglich ist noch das Mandat des **Abg. Rudolph** (Zen-trum), durch dessen Einschieben zur Erledigung gelangt.

„Herren“ und „Geseßen“. In der Rede, welche der Reichstanzler für die Gedächtnisfeier im Reichstage verles, nach der den Parlamentsberichten von „Herren“ gesprochen, die dem ersten Kaiser zur Seite gestanden hätten. Die Nordd. Allg. Ztg. bemerkt dazu, daß Fürst Jochenlohe nicht von den „Herren“, sondern von den „Geseßen“ gesprochen. Die Bezeichnung des Fürsten Bismarck als Heros wurde aber nicht allgemein anerkannt worden sein: In dem darauf folgenden Abruch der Rede im Reichsanzeiger sind die „Herren“ nicht bloß verschwinden, sondern auch die „Geseßen“ gestrichen, und es wurde aus dem: „neben ihm und den Herren, die ihm zur Seite standen“, „neben ihm und denen, die ihm zur Seite standen“.

Ärmer Bismarck! — **Fälschende Agrarier.** Die Bäcker der Obermilch, diese agrarische Gründung, an deren Spitze u. a. Graf Fied v. Finkensteiner auf Trostlin sowie der bekannte Agitator für die Doppelpolung, Rittergutbesitzer v. Sydow auf Döberpflanz, standen, ist beinahe fünfjähriger Zeit schon in Konflikt. Jetzt ist die Konfliktmasse auch rechts-tätig verurteilt worden zur Leistung eines bedeutenden Schadenersatzes, weil festgestellt worden ist, daß die Wäpfe seit verlaßener seiner Kleie durch Karstoffpulver ver-fälschte Kleie geliefert hat.

Seine Reichstagsaufhebung. Der häufig zu offiziellen Mitteilungen benutzte Hamb. Korrr. läßt sich aus Berlin schreiben:

Im Zusammenhang mit den letzten parlamentarischen Vor-gängen, welche sich an die Übertragung des Reichstages durch die Marine-Denkmal der Staatssekretäre des Reichs-Marine-Ministers reihen, ist auch die Frage mehrfach aufgeworfen, ob es den letzten Freiern der Reichsübertragung eventuell ratum erscheinen dürfte, zu einer Auflösung des Reichstages zu schreiten. Dazu wird uns aus gut unterrichteten freikonserativen Kreisen geschrieben, daß die verantwortlichen Stellen im Reich allerdings schon lange im Zweifel darüber sind, ob es nicht schließlich doch besser gewesen wäre, statt die längeren fünfjährigen Legis-laturperioden, wie sie jetzt gesetzlich sind, einzuführen, es bei dem früheren Status (drei Jahre) zu belassen. Auf den Gedan-ken aber, von dem Rechte der Auflösung des Reichstages im gegenwärtigen Augenblicke Gebrauch zu machen, ist man so fernher sich ihrer Verantwortung bewußt, daß die Stellung der Reichs-gesandtschaften genommen.

Sehr interessant ist das Einzelhandels, daß sich die fünf-jährigen Legislaturperioden nicht bewährt haben. Niemand hat sie entzweigen beabsichtigt, als die sozialdemokratische Fraktion.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde der Arbeiter Wil-helm Krl aus Sakrau bei Oppeln zu 2 Monaten Gefäng-nis verurteilt.

Ausland.

Frankreich. Der Panamagewinnel wird aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Wochen abermals die Rechte befristigen. Kron führt, nachdem er einmal sich bei den Zuschauern betreten lassen, nunmehr in seinen Ent-scheidungen fort. Am Sonnabend hat er fünf volle Stunden im Baucaus des Untersuchungsrichters verbracht, mit dem er ein umfangreiches Aktenbündel durchgegangen ist. Nicht nur hatte er dem Richter methodisch und klar Auskunft darüber gegeben, was er einen Teil der ihm von der Panamagege-sellschaft mit dem Baron Reinach anvertrauten Akten über die Parlamentarier verteilt hatte, um deren Zustimmung zur Panamalosangehe zu gewinnen, sondern er hat auch Zahlen und Namen genannt. Für die einen gab es Checks auf den Namen dritter Personen, die anderen wurden in Banknoten bezahlt.

Der Untersuchungsrichter ist nunmehr im Stande, auf Grund dieses Geschäftsbüchtes und anderweitiger Material die Fiste der Schuldigen aufzustellen. Wie die Pariser Republique mitteilt, ist die Aufrechter unter den regierungstreuen Ab-geordneten groß und ängstlich erwarten sie das Resultat der Panamagewinnung.

Schweiz. Der Arbeit Sieg. Der Basler Wer-weise feiert den Sieg der schweizerischen Eisenbahnen in fol-genden Worten: Trotz der brutalen Gewalt des Kapitalis-tismus, verlor in dem Kampf gegen Cuxer-Jäger und seinen Trabanten und einer allseitigen feilen und arbeitserfüllenden Schmei, haben die geschloffen auftretenden Arbeiter der Nordbahn Sieg errungen. Es ist dies ein bedeutungsvoller Sieg für die schweizerische Arbeiterklasse. Er zeigt, was Einigkeit und gute Führung vermag; er zeigt, daß die Organisation der Arbeiter und die Arbeiterpresse wichtige Kampfsmittel sind. Ohne diese Mittel hätten die Nord-ostbahnarbeiter diesen Kampf nicht führen können. Möge die Arbeiterklasse der Schweiz die richtigen Lehren aus diesem Kampfe ziehen. Nur einig, geschlossenes und tritten führt zu einem Siege. Jedes die Organisation der Arbeit-

